



Datenschutzinformation

Für das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat ein verantwortungsbewusster Umgang mit personenbezogenen Daten hohe Priorität. Das BfS möchte, dass Sie wissen, wann welche Daten erhoben und wie diese verwendet werden. Das BfS hat technische und organisatorische Maßnahmen getroffen, die sicherstellen, dass die Vorschriften über den Datenschutz beachtet werden.

Im Zusammenhang mit dem Forschungsvorhaben „Radon@work - Studie zu guter Luft am Arbeitsplatz“ verarbeiten wir personenbezogene Daten der Teilnehmenden. Das bedeutet, dass wir die Daten erheben, speichern, verwenden, anpassen oder löschen. Nachfolgend informieren wir Sie über die Art und Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten, über die Rechtsgrundlagen und Ihre Rechte.

1. Verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung

Verantwortlich nach Art. 4 Abs.7 DSGVO ist das

Bundesamt für Strahlenschutz
Präsidentin Dr. Inge Paulini
Willy-Brandt-Straße 5
38226 Salzgitter

Telefon: +49 (0) 3018 333-0
Fax: +49 (0) 3018 333-1885
E-Mail: ePost@bfs.de

2. Behördliche Datenschutzbeauftragte im BfS

Fragen in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten können Sie an unsere behördliche Datenschutzbeauftragte richten:

Adina Inan
Willy-Brandt-Straße 5
38226 Salzgitter

Telefon: +49 (0) 3018 333-1410
Fax: +49 (0) 3018 333-1415
E-Mail: datenschutzbeauftragte@bfs.de

3. Zweck der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

Wir sind eine selbstständige wissenschaftlich-technische Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). Wir arbeiten für die Sicherheit und den Schutz des Menschen und der Umwelt vor Schäden durch ionisierende und nichtionisierende Strahlung. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zur Ausübung dieser Zwecke und unter Beachtung der Bestimmungen der DSGVO, des BDSG sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze.

In diesem Forschungsvorhaben erfolgt die Erfassung von Messwerten der Radon-222-Aktivitätskonzentration an Arbeitsplätzen zusammen mit weiteren arbeitsplatzbezogenen Informationen zum Zweck der wissenschaftlichen Auswertung. Mit Hilfe der Ergebnisse und deren Bewertung nimmt das BfS im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben eine Abschätzung des Ist-Zustandes der Radonbelastung an Arbeitsplätzen in Deutschland sowie der Wirkung getroffener Maßnahmen vor. Auch für zukünftige Fragestellungen in Zusammenhang mit der Radonproblematik in Deutschland sollen die erhobenen Daten (anonymisiert) genutzt werden.

Die Erhebung der Kontaktdaten einschließlich der Anschrift dienen der Kontaktaufnahme, der Erhebung von Daten zum Messort sowie dem Versand der Messgeräte und des individuellen Ergebnisberichtes.



4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten beruht grundsätzlich auf der Einwilligung der betroffenen Personen gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a) DSGVO.

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung personenbezogener Daten gegenüber dem BfS besteht nicht, jedoch kann eine Nichtbereitstellung dazu führen, dass die Teilnahme an diesem Forschungsvorhaben nicht möglich ist.

Die datenschutzrechtliche Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden (s.u. Betroffenenrechte).

5. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet

Personenbezogene Daten sind gem. Art 4 Nr. 1 DSGVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare Person beziehen. Im Forschungsvorhaben werden der Name der Firma bzw. Betriebsstätte, der Name eines verantwortlichen Ansprechpartners, eine E-Mail-Adresse sowie die Anschrift der Firma bzw. Betriebsstätte (Straße/Hausnummer, Postleitzahl, Gemeinde) erhoben, um die Messgeräte auf dem Postweg versenden zu können und mit den Teilnehmenden in Kontakt treten zu können (beispielsweise zur Erinnerung an die Rücksendung der Messgeräte oder zur Übersendung des Messberichts). Anhand der Anschrift wird ebenfalls überprüft, ob die Teilnahmekriterien erfüllt sind (beispielsweise ob die Betriebsstätte außerhalb der ausgewiesenen Radonvorsorgegebiete liegt).

Informationen zum Gebäude (wie Baujahr), zu den Aufstellungsräumen (wie Unterkellerung) und zum Arbeitsplatz (wie Aufenthaltsdauer) werden für die wissenschaftliche Bewertung der Messergebnisse erhoben. Diese werden je nach Fragestellung aggregiert und ohne Bezug zu Namen oder Anschrift genutzt. Stattdessen werden der Anschrift Geokoordinaten zugeordnet, die auf 2 Stellen nach dem Komma kaufmännisch gerundet und damit verunscharft werden. Die Geokoordinaten ermöglichen später ggf. eine kartographische Weiterverarbeitung.

Die Erhebung der Daten bei der Anmeldung zum Vorhaben sowie die Beantwortung des Fragebogens erfolgt über den Dienst Lamapoll.

6. Empfänger der personenbezogenen Daten

Innerhalb des BfS erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der oben genannten Zwecke benötigen. Die personenbezogenen Daten (gegebenenfalls Name der Firma bzw. Betriebsstätte, Name eines verantwortlichen Ansprechpartners, Anschrift der Firma bzw. Betriebsstätte, E-Mail-Adresse für den Kontakt mit den Teilnehmenden) sowie die pseudonymisiert für die wissenschaftliche Auswertung der Messergebnisse verwendeten Daten (Informationen zum Gebäude und Arbeitsplatz, Geokoordinaten) werden während der Projektlaufzeit in einer Datenbank abgelegt.

Nach Abschluss des Vorhabens wird für die Verwendung in zukünftigen Forschungsvorhaben durch die Bundesrepublik Deutschland und ihre Vertragspartner (z.B.: zukünftige Forschungsnehmer des BfS) der Personenbezug entfernt (Anonymisierung).

Darüber hinaus gibt das BfS Ihre Daten nur weiter, sofern es dazu gesetzlich oder durch Gerichtsentscheidung verpflichtet oder ermächtigt ist, dies beispielsweise im Falle von Angriffen auf die Internetinfrastruktur zur Rechts- oder Strafverfolgung. Eine darüberhinausgehende Weitergabe an Dritte findet nicht ohne Ihre Zustimmung statt.



7. Speicherdauer der Daten

Eine Langzeitspeicherung der erhobenen Daten in einer durch das BfS betriebenen Datenbank (z.B. der bundeseinheitlichen Datenbank Radon in Gebäuden - BuRG), um diese auch zu einem späteren Zeitpunkt bei weiteren Fragen in Zusammenhang mit der Radonbelastung an Arbeitsplätzen in Deutschland nutzen zu können, erfolgt ohne Personenbezug.

Im Übrigen werden die personenbezogenen Daten durch das BfS nur so lange gespeichert, wie es für die oben genannten Zwecke notwendig ist und es die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen zulassen.

8. Welche Dienste werden eingesetzt

Das BfS / UR1 betreibt für das Forschungsvorhaben eine Internetseite mit Informationen zum Projekt. Auf dieser Internetseite ist eine Abfrage der Daten mit Hilfe des Dienstes Lamapoll verlinkt. Auch die Datenerhebung zur Betriebsstätte bzw. dem Messort erfolgt über diesen Dienst.

LamaPoll ist ein Online Umfrage Tool zum Erstellen, Versenden und Auswerten datenschutzkonformer Umfragen und Fragebögen. Die Lamano GmbH & Co. KG hat ihren Sitz in: Frankfurter Allee 69, 10247 Berlin. Die Datenschutzhinweise von Lamapoll können hier eingesehen werden: <https://www.lamapoll.de/Datenschutz-Sicherheit>.

Zweck der Verarbeitung

Wir nutzen das Tool von Lamapoll für die Datenabfrage.

Welche personenbezogenen Daten werden dabei verarbeitet?

Bei der Nutzung von Lamapoll werden verschiedene Datenarten verarbeitet. Folgende personenbezogene Daten sind Gegenstand der Verarbeitung:

Angaben zum Nutzenden: Vorname, Nachname, Telefon (optional), Adresse, E-Mail-Adresse.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch Lamapoll

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist Ihre Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO.

Weitergabe Ihrer Daten an Dritte im Zusammenhang mit der Lamapoll-Nutzung

Personenbezogene Daten, die im Zusammenhang mit der Teilnahme am Forschungsprojekt verarbeitet werden, werden nicht an Dritte (außer an Lamapoll, mit der ein Auftragsverarbeitungsvertrag geschlossen wurde) weitergegeben. Lamapoll erhält notwendigerweise Kenntnis von den o.g. Daten, die gerade zum Zwecke der Nutzung von Lamapoll erhoben werden, entsprechend den Regelungen, die im Rahmen unseres Auftragsvertrags mit Lamapoll vorgesehen sind.

Da Lamapoll seinen Sitz in Deutschland hat, findet keine Verarbeitung von personenbezogenen Daten außerhalb der EU bzw. des EWR (sog. Drittland) statt. Wir haben mit Lamapoll einen Auftragsverarbeitungsvertrag geschlossen, der den Anforderungen des Art. 28 DSGVO entspricht.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung i.S.d. Art. 22 DSGVO kommt nicht zum Einsatz.



9. Übermittlung an Dritte

Personenbezogene Daten, die im Zusammenhang mit der Teilnahme am Forschungsvorhaben erhoben werden, werden nicht an Dritte (außer an Lamapoll) weitergegeben. Das BfS hat mit Lamapoll einen Auftragsverarbeitungsvertrag geschlossen, der den Anforderungen des Art. 28 DSGVO entspricht. Lamapoll erhält notwendigerweise Kenntnis von den o.g. Daten. Da Lamapoll seinen Sitz in Deutschland hat, findet keine Verarbeitung von personenbezogenen Daten außerhalb der EU bzw. des EWR (sog. Drittland) statt.

10. Übermittlung an ein Drittland

Das BfS überträgt die personenbezogenen Daten nicht in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR oder an internationale Organisationen.

11. Betroffenenrechte

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie „Betroffener/ Betroffene“ im Sinne der DSGVO. Ihnen stehen vorbehaltlich entgegenstehender gesetzlicher Einschränkungen und Ausnahmen, wie insbesondere nach §§ 34 – 36 BDSG oder §§ 6b – f BfSG, folgende Rechte gegenüber dem BfS als Verantwortlichem zu:

Auskunftsrecht Art. 15 DSGVO

Sie können Auskunft darüber verlangen, ob das BfS personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen.

Recht auf Berichtigung Art. 16 DSGVO

Für den Fall, dass personenbezogene Daten über Sie nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, können Sie eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen.

Recht auf Löschung oder Einschränkung Art. 17, 18 DSGVO

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 17 DSGVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Art. 18 DSGVO) verlangen.

Recht auf Datenübertragbarkeit Art. 20 DSGVO

Sie sind berechtigt, unter den Voraussetzungen von Art. 20 DSGVO vom BfS zu verlangen, dass es Ihnen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie dem BfS bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format übergibt. Gemäß Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO steht dieses Recht aber dann nicht zur Verfügung, wenn die Datenverarbeitung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dient.

Widerspruchrecht Art. 21 DSGVO

Aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, können Sie der Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten durch das BfS zudem jederzeit widersprechen. Dieses Recht besteht, wenn Ihre personenbezogenen Daten aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e), f) DSGVO, zur Direktwerbung, zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungs- oder zu



statistischen Zwecken verarbeitet werden. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, verarbeitet das BfS in der Folge Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr.

Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sollten Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten eingewilligt (Art. 6 Abs. 1 lit. a) haben, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Bitte senden Sie hierfür eine E-Mail an strahlenschutzforum@bfs-strahlenschutz.de. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft; das heißt, durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitungen nicht berührt.

Beschwerderecht bei Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelf steht einem Betroffenen (Ihnen) das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde – insbesondere in dem Mitgliedsstaat Ihres Aufenthaltsortes – zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das BfS gegen die DSGVO verstößt. Aufsichtsbehörde des Bundesamtes für Strahlenschutz ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit (BfDI)
Graurheindorfer Str. 153
53117 Bonn

Telefon: +49 (0)228 997799-0
Fax: +49 (0)228 997799-5550
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de

Ich habe diese Hinweise gelesen und stimme der Weiterverarbeitung meiner Kontaktdaten als Ansprechperson zu.